

Perestroika in der Sowjetunion

Durch marktwirtschaftl

Der Umbau der sowjetischen Wirtschaft - Perestroika - ist eines der Markenzeichen des Gorbatschow-Kurses. Marktwirtschaftliche Elemente sollen eingeführt, gemeinsame Unternehmen mit westlichen Kapitaleignern („Joint ventures“) aufgebaut, das Genossenschaftswesen in der Landwirtschaft soll gefördert werden.

Dabei nimmt die sowjetische Führung unter Gorbatschow immer wieder Bezug auf die sogenannte „Neue Ökonomische Politik“ (NÖP) Lenins, die 1921/22 einen Kurswechsel in der damaligen Wirtschaftspolitik markierte und durch die ebenfalls im großen Umfang kapitalistische Elemente zugelassen wurden.

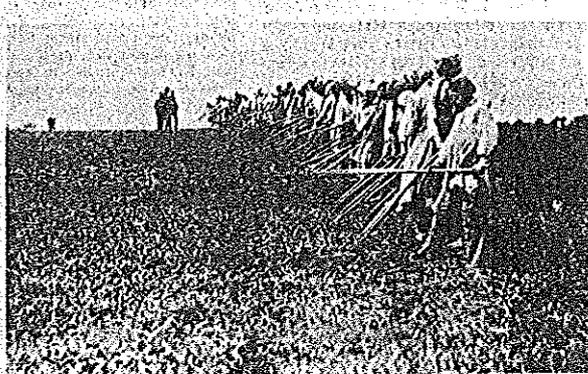
Laut Gorbatschow bedeutet Perestroika, auch in der Wirtschaftspolitik die stalinistischen Entartungen und Verkrustungen aufzubrechen und wieder zur leninischen Politik zurückzukehren. Doch ist die Einführung kapitalistischer Elemente tatsächlich die angemessene Antwort auf die wirtschaftlichen Probleme in der Sowjetunion? Bietet die Neue Ökonomische Politik Lenins Lösungsansätze für die heutige Situation?

Um Sinn und Bedeutung der NÖP richtig zu erfassen, muß man zunächst die Lage des Landes Anfang der 20er Jahre beleuchten.

Der Oktoberrevolution von 1917 hatte die Arbeiterklasse in einem rückständigen Land gesiegt; die Kette des Imperialismus war an ihrem schwächsten Glied gebrochen - nicht in einem entwickelten kapitalistischen Land, wo der Entwicklungsstand der Produktivkräfte wesentlich bessere Möglichkeiten zum Aufbau des Sozialismus geboten hätte. Die Führung der Bolschewiki unter Lenin sah sich also der Aufgabe gegenüber, den ersten Arbeiterstaat der Geschichte in einem Land zu festigen,

in dem die Arbeiterklasse sich in der Minderheit befand (ca. 10% der Bevölkerung) und die große Mehrheit der Bevölkerung kleine und mittlere Bauern waren. Die Zahl der Bauernwirtschaften hatte sich durch die Errungenschaften der Revolution selbst noch einmal erhöht, weil der Großgrundbesitz enteignet und an Landlose und kleine Bauern verteilt worden war.

Hinzu kamen die Verwüstungen des ersten Weltkrieges und des anschließenden Bürgerkrieges, als der junge Arbeiterstaat die Invasion von 21 imperialistischen Armeen zurückschlagen mußte. Am Ende der insgesamt sieben Kriegsjahre standen Landwirtschaft



Stalins Zwangskollektivierung der Landwirtschaft Ende der 20er Jahre führte zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen im Land und Industrie nahezu vor dem Ruin. Die Kräfte waren völlig erschöpft. Zusätzlich verschärfte sich die Hungersnöte durch eine schwere Mißernte.

Neue Ökonomische Politik

Die Sowjetmacht befand sich damit auch politisch in einer sehr gefährlichen Lage:

- Sie blieb isoliert in einem rückständigen Land, weil die revolutionären Bewegungen in Westeuropa durch das Versagen der sozialdemokratischen Führungen eine Niederlage nach der

kommen würde (die Idee, den Sozialismus in einem Land, noch dazu in einem so rückständigen wie Rußland, aufbauen zu können, war eine spätere Erfindung Stalins).

- Die politische Grundlage der Oktoberrevolution, nämlich das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Masse der kleinen Bauern, drohte an der tiefen Krise der bäuerlichen Wirtschaft zu zerschellen.

- Die Arbeiterklasse selbst war durch die sieben Kriegsjahre zahlenmäßig stark geschwächt und gezwungen, durch Kleinhandel und Tauschgeschäfte das Notwendigste für den täglichen Nahrungsbedarf zusammenzubringen; die Industrieproduktion lag damit völlig am Boden, die Arbeiterklasse als produzierende Klasse befand sich praktisch im Zustand der Auflösung - und das in einem Staat, dessen Grundlage die Macht eben dieser Klasse sein sollte.

Vor diesem Hintergrund waren drastische wirtschaftliche Maßnahmen zur Wiederherstellung der Industrie und der Arbeiterschaft als Klasse, zur Hebung der Nahrungsmittelversorgung und Verbesserung der Lage der Bauernschaft nötig. Man mußte vom sogenannten „Kriegskommunismus“ der Bürgerkriegsjahre zur „Neuen Ökonomischen Politik“ übergehen.

Der „Kriegskommunismus“ bestand

Moskauer Geschichtsschreibung: Neue Lügen unter dem Deckmantel „Vergangenheitsbewältigung“

Nach dem Tod Lenins war die Frage des weiteren wirtschaftspolitischen Kurses Gegenstand heftiger parteiinterner Auseinandersetzungen. (Damals gab es diese noch, bevor dann unter Stalins Alleinherrschaft die Grabesruhe einkehrte.)

Im Zeichen von „Glasnost“ kristallisiert sich bei der heutigen sowjetischen Geschichtsforschung folgende These dazu heraus: Mit den Zwangskollektivierungen ab Ende der 20er Jahre übernahm Stalin die falsche, „trozkiistische“ Linie. Demgegenüber wäre die Fortsetzung der NÖP, also die Bucharinsche Linie, korrekt gewesen. (Nicht zufällig wurde Bucharin auch bereits politisch rehabilitiert.) Doch wie verliefen die Auseinandersetzungen damals tatsächlich?

Lenin hatte die weitere wirtschaftliche Entwicklung nach Einführung der NÖP (siehe nebenstehenden Artikel) etwa so skizziert: mit den Goldreserven Lebensmittel im Ausland kaufen; die Ernährungslage dadurch verbessern; die Landwirtschaft ankurbeln, um Selbstversorgung und Kleinproduktion zu gewährleisten; die Industrie wieder in Gang zu setzen mit dem Ziel, die Großproduktion wieder aufzunehmen und Industriegüter an die Bauern im Austausch für landwirtschaftliche Produkte liefern zu können; Zusammenfassung der landwirtschaftlichen Parzellenwirtschaft in Genossenschaften - als Vorstufe zu Kollektiven - sobald die Industrie das dazu nötige Inventar (Maschinen usw.) liefern kann; schließlich Übergang zu den eigentlichen sozialistischen Maßnahmen wie planvoller Ausbau der Industrie und Aufbau von Kollektiven in der Landwirtschaft, sobald die industrielle Großproduktion wiederhergestellt ist.

Linke Opposition

Die Maßnahmen der NÖP brachten vor allem in der Landwirtschaft eine rasche Verbesserung der Lage. Daher befruchtete ein Teil der Partei um Trotzki (die spätere „Linke Opposition“) die stärkere staatliche Förderung der Industrie und schlug auch schon 1923 erstmalig die Aufstellung eines mehrjährigen Planes vor. Sie forderten, Zug um Zug die NÖP-Maßnahmen entsprechend dem Entwicklungsstand der Industrie zurückzudrängen.

Im Wirtschaftsjahr 1926/27 war der Stand der Vorkriegsproduktion wieder erreicht. Spätestens da war Sinn

und Zweck der NÖP erfüllt, wäre ein Übergang zu einer anderen Wirtschaftspolitik erforderlich gewesen. Die Linke Opposition forderte u.a. die Einführung staatlicher Muster-Kollektive als beispielhafte Vorbilder in der Landwirtschaft und die schrittweise Kollektivierung auf freiwilliger Grundlage.

Stalin/Bucharin-Block

Doch die herrschende Fraktion um Stalin sowie Bucharin (zentrale Figur der sogenannten „Rechten Opposition“) wies dies entschieden zurück. Sie traten im Gegenteil für eine weitere Ausdehnung der NÖP-Maßnahmen ein, wie z.B. Aufweichung des staatlichen Außenhandelsmonopols, Entnationalisierung des Grund und Bodens, Verpachtungen an Private auf Lebenszeit. Ihre Strategie drückt sich kurz und bündig in dem Ausruf Bucharins an die Bauern aus: „Bereichert Buch!“

Die Forderungen der Linken Opposition nach schnellerem Wachstumstempo in der Industrie wurde von Stalin/Bucharin als „Unterschätzung der Bauernschaft“ und „Überindustrialisierung“ zurückgewiesen. Die Parole hieß vielmehr: „Aufbau des Sozialismus im Schnecken tempo“.

Trotzki und die Linke Opposition warnten vor den Gefahren, die in einer unbeschränkten Fortsetzung und Ausweitung des NÖP-Kurses lagen: Die zunehmende soziale Differenzierung auf dem Land, die Stärkung der reichen Bauern (Kulaken), die Kontrolle des Handelsverkehrs durch Private und Spekulation (die sog. „NÖP-Männer“), kurz - die Herausbildung einer ökonomisch starken sozialen Klasse, die den Arbeiterstaat auch politisch bedrohen konnte. Auch Lenin

hatte die Gefahr des Wiedererstarkens einer Bourgeoisie von Anfang an gesehen. Doch der herrschende Block Stalin/Bucharin schlug alle Warnungen in den Wind und bestritt sogar die Existenz der Kulaken (reichen Bauern), die als „Phantastengebilde der Opposition“ bezeichnet wurden.

Kehtwende

Aber als im Jahr 1928 durch Lebensmittelknappheit das Land erneut vor einer Hungersnot stand, stellte sich heraus, daß Lebensmittelvorräte und Handel zum großen Teil unter der Kontrolle von Kulaken und NÖP-Leuten standen, die wegen niedriger staatlicher Abnahmepreise einen Lebensmittelboykott organisiert hatten.

Unter dem Eindruck dieser Wirtschaftskrise des Jahres 1928 vollzog Stalin panikartig eine Kehtwende. „Liquidierung der Kulaken als Klasse“ und Zwangskollektivierungen waren angesagt, die auf dem Höhepunkt Anfang der 30er Jahre sämtliches Hab und Gut der bäuerlichen Haushalte umfaßten und zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen im Land führten.

Die Linke Opposition (inzwischen längst aus der Partei ausgeschlossen) protestierte energisch gegen diese katastrophale Politik. Sie war für einen allmählichen, freiwilligen Ausbau der Kollektive über einen Zeitraum von 10-15 Jahren eingetreten, entsprechend den Möglichkeiten der Industrie, Maschinen für den landwirtschaftlichen Großanbau zu liefern. Stalin zog jedoch mit militärischen Mitteln eine schlagartige, brutale Zwangskollektivierung durch, vielfach auf der Basis des Holzplügendes. Unter den verheerenden Folgen hatte die sowjetische Landwirtschaft jahrzehntelang zu leiden.

Die Wurzeln dieser abenteuerlichen Politik lagen in den Fehlern des vorhergehenden wirtschaftlichen Kurses, der vor allem mit dem Namen Bucharin verbunden war. Die neue Moskauer Geschichtsauffassung stellt daher eine Verdrehung der Tatsachen dar. Unter dem Deckmantel der Vergangenheitsbewältigung wird eine neue historische Lüge aufbereitet.



Eine Zusammenfassung der Lenin-Texte zur NÖP kann über die Redaktion bezogen werden.

liche Elemente

vor allem darin, daß die Bauern ihre Überschüsse unentgeltlich abliefern mußten und der Staat direkte Verteilung der Lebensmittel und Güter vornahm, auf der Grundlage der verallgemeinerten Not (insofern hatte das ganze natürlich nichts mit „Kommunismus“ zu tun). Es war Wirtschaftspolitik in einer „belagerten Festung“, diktiert von den Zwängen des Bürgerkrieges.

Mit dem Übergang zur „Neuen Ökonomischen Politik“ ab Frühjahr 1921 wurde die Ablieferungspflicht der Bauern aufgehoben. Lediglich eine sogenannte „Naturalsteuer“ wurde auf einen kleinen Teil der landwirtschaftlichen Überschüsse erhoben. Durch die Wiederzulassung von freiem Handel für die Bauern und Kleinproduzenten wurde der Markt in beträchtlichem Umfang wiederhergestellt. Staatliche Industriebetriebe wurden zum Teil an Privatkapitalisten verpackt. Ausländische Kapitalisten erhielten einige Konzessionen zur Ausbeutung von Rohstoffvorkommen.

Ursachen und Ziele der NÖP

Lenin begründete die NÖP in zahlreichen Artikeln und Reden des Jahres 1921 mit:

- der Ausbleiben bzw. der Verzögerung der internationalen Revolution, also der Isolation des ersten Arbeiter-

Welt. Die Arbeiterklasse ist keine Minderheit in der sowjetischen Gesellschaft mehr. 2/3 der Bevölkerung leben in Städten; knapp 70% zählen zur Arbeiterklasse. Es ist die zahlenmäßig größte und wohl auch die gebildetste Arbeiterklasse der Welt. Über 30% aller Arbeiter haben mittleren oder höheren Schulabschluß. Unter den jungen Arbeitern bis 30 Jahre sind es sogar über 50%.

Es kann überhaupt keine Rede davon sein, daß heute die Notwendigkeit besteht, kapitalistische Elemente einzuführen, um die Grundlagen für den Aufbau der Großindustrie und einer starken Arbeiterklasse, und damit die Grundlagen für einen Übergang zum Sozialismus zu schaffen. Diese Grundlagen, die materiellen Voraussetzungen für eine sozialistische Entwicklung, sind in der UdSSR längst vorhanden.

Man könnte einwenden, daß es ja auch heute eine Krise in der Landwirtschaft gibt und die Versorgung der Bevölkerung alles andere als zufriedenstellend ist. Wäre deshalb vielleicht doch ein Rückgriff auf kapitalistische Marktelemente nötig?

Aber wo liegen die Ursachen für Wirtschaftskrise und schlechte Versorgungslage heute? Etwa darin, daß die Groß- und Schwerindustrie am Boden liegt und kaum industrielle Erzeugnisse geliefert werden können, wie dies zu

der Arbeiter ausgeht. Sowjetischen Arbeitern muß es zusätzlich wie Hohn vorkommen, wenn ihnen dies auch noch als „Vervollkommnung des Sozialismus“ und Rückkehr zu Leninschen Prinzipien“ verkauft wird.

Kombination von Übeln

Die marktwirtschaftlichen Vorschläge und Maßnahmen im Rahmen der Perestroika sind nicht neu. Sie wurden einzeln oder in Kombination schon allesamt in anderen Ostblockstaaten „ausprobiert“ - in Ungarn, in Polen, am weitestgehenden in Jugoslawien. Doch sind sie weit davon entfernt, etwa die Vorzüge von Marktwirtschaft und Planwirtschaft miteinander zu verbinden, zu einer Art sozialistischer Marktwirtschaft oder marktwirtschaftlichem Sozialismus.

Mit der Einführung kapitalistischer Elemente wurden auch die Übel des Kapitalismus wieder importiert: Arbeitslosigkeit, Inflation sowie hohe Außenverschuldung. Gleichzeitig blieb jedoch die Monopolstellung der Partei, die zentrale Entscheidungsrolle der Bürokratie bestehen. (In Polen wird sie sogar direkt militärisch verteidigt.) Was man kombinierte, waren die Übel einer bürokratischen Befehlswirtschaft mit den Übeln der kapitalistischen Anarchie - vom Ergebnis kann man sich zur Zeit in

politisch entrechtet und entmündigt. Mit der privilegierten Bürokratie hat eine Elite die Macht an sich gerissen, die sie bis heute innehat.

Systemfrage

Mit der Verurteilung Stalins ist die Sache nicht erledigt. Stalin war nur der oberste Repräsentant einer ganzen herrschenden Kaste, die nach Millionen zählte und heute noch zählt. Auch mit (inzwischen auch fast rituellen) Verurteilung der Breschnew-Ära als „Stagnationszeit“ ist es nicht getan. Schon gar nicht, wenn dies Bürokraten tun, die während dieser Zeit den Apparat mitgetragen haben und führende Positionen innehalten, einschließlich Gorbatschow selbst.

Die Bürokratie entspringt auch nicht dem bürokratischen Fehlverhalten einzelner, der administrativen Engstirnigkeit, wie dies die heutige sowjetische Führung nahelegt, wenn sie davon spricht, den „Bürokratismus zu bekämpfen“. Es ist eine Systemfrage, eine Machtfrage.

- die Begrenzung ihres Einkommens auf einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn;
- die Ablösung des stehenden Heeres durch Volksbewaffnung unter Kontrolle der Arbeiterklasse;
- die allmähliche Einarbeitung aller in Verwaltungs- und staatliche Funktionen und Rotation der Ämter. Oder wie Lenin sich ausdrückte: „Jede Köchin muß Ministerpräsident werden können.“

Die Umsetzung dieser Forderungen würde wirkliche demokratische Kontrolle in allen gesellschaftlichen Bereichen und das Ende der Herrschaft der Bürokratie bedeuten. Spätestens heute, Jahrzehnte nach der Oktoberrevolution, wo auf absehbare Zeit keine Gefahr der Wiederherstellung des Kapitalismus besteht, ist eine weitere Forderung unabdingbar: das Recht auf freie Meinungsäußerung aller Parteien.

Noch kein Sozialismus

Die Sowjetunion ist zwar ein Arbeiterstaat - in dem Sinne, daß Kapital und Grundbesitz enteignet sind und der Staat auf gesellschaftlichen Eigentumsverhältnisse basiert. Aber sie ist keine sozialistische Gesellschaft.

Sozialismus ist eine Gesellschaftsform, die am höchstentwickelten Kapitalismus anknüpft; in der dank hohem Entwicklungsstand der Produktivkräfte genügend Güter hergestellt werden können, um die Masse der Bevölkerung vom täglichen Existenzkampf und materiellen Sorgen zu befreien. Arbeitszeitverkürzung entsprechend dem Fortschritt der Produktivität und Einarbeitung aller in verwaltende Funktionen würden einen Übergang in gesellschaftliche Selbstverwaltung ermöglichen. Staatliche Unterdrückungsfunktionen könnten sofort absterben, wenn es keine Privilegien und Machteliten mehr zu verteidigen gibt; staatliche Verwaltungsfunktionen allmählich auf die Gesellschaft übergehen. Dies wäre eine sozialistische Gesellschaft, in der sich die individuellen Fähigkeiten und die menschliche Persönlichkeit allseitig entwickeln könnten.

Geringere Produktivität als im Kapitalismus, Mißwirtschaft, Privilegien, Korruption, Unterversorgung, Schlangen vor Lebensmitteläden, Alkoholmißbrauch, ein monströser Staatsapparat, der keine Anstalten macht, abzustürzen - das ist eine bösartige Karrikatur auf den Sozialismus, wie sie sich



Durch Glasnost und Perestroika versucht Gorbatschow die Bevölkerung zu beruhigen...

Sozialismus?

staates; - der allgemeinen Ermattung durch den Krieg und der Krise der Landwirtschaft;

- der Gefährdung des Bündnisses zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft;

- der Schwächung der Großindustrie und damit der Deklassierung großer Teile der Arbeiterschaft.

Ziel der NÖP sollte laut Lenin sein, sich „noch einmal an den Wiederaufbau der Großindustrie zu machen“. Dazu sei nötig, „alle Kraft und Mühe aufzuwenden, um den bäuerlichen Kleinbetrieb zu verbessern. Ihm Textilien, Maschinen und andere Erzeugnisse der Großindustrie zu liefern - diese Aufgabe vermochten wir nicht zu lösen, aber sie sofort gelöst werden, und zwar mit Hilfe der Kleinindustrie... Es ist also notwendig, in gewissem Maße zur Wiederherstellung der Kleinindustrie beizutragen, die kleine Maschinen erfordert, die weder staatliche noch große Vorräte an Rohmaterial, Brennstoff und Lebensmitteln erfordert, die der bäuerlichen Wirtschaft sofort eine gewisse Hilfe zu leisten und ihre Produktivkräfte zu heben vermag... Wenn der Staat nicht große Lebensmittelvorräte in seinen Händen konzentriert, kann von einem Wiederaufbau der Großindustrie keine Rede sein. Vor allem deshalb führen wir denn auch diese Politik durch, die unsere Ernährungsverhältnisse ändert. Wir führen sie durch, damit wir einen Fonds für den Wiederaufbau der Großindustrie bekommen, damit die Arbeiterklasse vor allen Betriebsstockungen bewahrt bleibt... dann werden von der Bauernbevölkerung die Produkte nicht in Form einer Steuer, sondern im Austausch gegen Industrieerzeugnisse bezogen werden, die ihr die Arbeiterklasse liefern wird... Das größte Übel bestand darin, die ununterbrochene Produktionsarbeit in den größten Betrieben zu sichern, die uns in geringer Zahl verblieben waren. Das ist das Ausschlaggebende. Ohne diese ökonomische Basis kann es keine feste politische Macht der Arbeiterklasse geben.“

Heutige Lage nicht vergleichbar

Schon dieser kurze Überblick über die damalige Situation, die Ursachen und Ziele der NÖP macht deutlich, daß die heutige Lage der Sowjetunion damit in keiner, aber auch gar keiner Weise vergleichbar ist.

Die Sowjetunion ist heute ein moderner Industriestaat, die zweitgrößte Wirtschafts- und Militärmacht der

Zeiten der NÖP der Fall war? Wohl kaum! In der Sowjetunion werden heute über eine Million verschiedener Industrieerzeugnisse gefertigt. In vielen Branchen der Grundstoff- und Schwerindustrie (z.B. Öl, Zement, Stahl, u.a.) nimmt die Sowjetunion den ersten Platz unter den Industrienationen ein.

Wenn Versorgungslage, Qualität der Produkte und Produktivität der Arbeit trotzdem mangelhaft sind, so liegt dies einzig und allein an der Unfähigkeit der Bürokratie, deren Existenz eine ungeheure Fessel für die Weiterentwicklung der Wirtschaft darstellt. Es ist unmöglich, einhunderttausend Industriebetriebe, von denen viele über 100.000 Menschen beschäftigen, einhunderttausend Baustellen, die zeitweise bis zu 300.000 Menschen beschäftigen, durch die Kontrolle von Bürokraten an der Spitze zu betreiben. Eine Kommando-Wirtschaft, in der die Entscheidungen durch Befehlsgewalt von Bürokraten (sei sie zentral oder dezentral) getroffen werden, muß zwangsläufig in Fehlplanungen, Mißwirtschaft und Korruption münden.

Keine Kontrolle

Im Kapitalismus übt der Markt eine gewisse Kontrolle über die Effektivität der Produktion aus (wenn auch z.T. durch die Monopole eingeschränkt); Mangelnde Produktivität, Mißmanagement und Fehlplanungen führen letztendlich zum Konkurs einer Firma. Dies ist natürlich eine sehr verschwendische Art der Kontrolle: Unternehmen werden geschlossen, Maschinen stehen still, Menschen werden arbeitslos.

In der Planwirtschaft, wo der Staat gewissermaßen ein großes Unternehmen ist, gibt es diese Art der Kontrolle nicht. Die einzig mögliche Kontrolle über die Effizienz der Produktion kann hier nur von den Produzenten selbst ausgehen, indem nämlich die Arbeiter demokratisch die Wirtschaftsläufe kontrollieren. Planwirtschaft braucht Demokratie wie der Mensch den Sauerstoff - diese (ursprünglich von Trotzki geprägte) Aussage führt jetzt auch Gorbatschow häufig an.

Doch tatsächlich orientiert sich die heutige Führung der UdSSR an marktwirtschaftlichen Kontrollmechanismen des Westens. Schließung von Firmen, Zulassung von Arbeitslosigkeit (manche sowjetische Wirtschaftswissenschaftler halten bis zu 16 Mio. Arbeitslose für „verträglich“), Streichung von Subventionen und Preissteigerungen - auf diese Weise wird auch im Westen die Wirtschaftskrise auf dem Rücken

Jugoslawien am anschaulichsten ein Bild machen, das am Rande des wirtschaftlichen Abgrundes steht.

Für einen Arbeiterstaat in einem rückständigen Land, wie er zu Zeiten Lenins bestand, mit halbfeudalen Verhältnissen und schwach entwickelter Industrie, war die Zulassung kapital-



... doch auch die Zulassung privater Unternehmer - hier ein privater Lebensmittelmarkt in Moskau - hat die Versorgungslage in der Sowjetunion nicht entscheidend verbessert.

stischer Elemente ein Schritt nach vorn ein Schritt zur Wiederherstellung der Großindustrie. Lenin wollte die Maßnahmen der NÖP auch ausdrücklich auf diesen Zeitraum begrenzt wissen. Für einen Arbeiterstaat in einem modernen entwickelten Land, wie der Sowjetunion heute, wo die Großindustrie längst die vorherrschende Produktionsform ist, bedeutet die Einführung kapitalistischer Elemente ein Schritt zurück.

Ein Arbeiterstaat, der sich in Richtung Sozialismus bewegen will, braucht Demokratie und Arbeiterkontrolle der Industrie, des Staates und des wirtschaftlichen Plans. Der Entwicklungsstand der Großindustrie, Kultur, Bildungsniveau und zahlenmäßige Stärke der Arbeiterklasse, der natürliche Reichtum der UdSSR - wenn all das in wissenschaftlicher und geplanter Weise bei demokratischer gesellschaftlicher Kontrolle genutzt worden wäre: Die Sowjetunion hätte die entwickeltesten kapitalistischen Länder heute schon überholt.

Die materiellen Voraussetzungen des Sozialismus sind in der Sowjetunion gegeben. Nicht jedoch die politischen. Die Arbeiterklasse wurde in der Stalin-Ära

An den Strukturen hat sich seit den Zeiten Stalins und Breschnevs wenig geändert - nur daß der Wille der Parteilührung dank der gewachsenen Stärke der Arbeiterklasse nicht mehr mit brutalen Unterdrückungsmethoden und Massenmord wie unter Stalin durchgesetzt werden kann.

Bedingungen Lenins

Volle Arbeiterdemokratie kann nicht von oben herab, durch etwas „Glasnost“, gewährt werden. Es bedarf einer vollständigen Umwälzung aller politischen Strukturen, des gesamten gesellschaftlichen Überbaus.

Das kann nicht das Werk der Bürokratie unter einem „aufgeklärten“ Chef namens Gorbatschow sein. Noch nie in der Geschichte hat eine herrschende Elite sich selbst wegreformiert. Das kann nur das Werk der sowjetischen Arbeiterklasse selbst sein.

Hier wäre eine Rückbesinnung auf Lenin durchaus angebracht. Denn die von ihm aufgestellten Bedingungen für den Aufbau einer Arbeiterdemokratie sind bis heute nicht erfüllt:

- die Wahl- und jederzeitige Abwählbarkeit aller Funktionäre;

seine Feinde kaum schlimmer hätten ausdenken können.

Industrielle Großproduktion, eine starke und gebildete Arbeiterklasse, Gemeineigentum an Produktionsmitteln und Planwirtschaft - all die sozialen Voraussetzungen zum Aufbau des Sozialismus sind in der UdSSR vorhanden. Wenn die Bürokratie beseitigt ist und mit einer echten Arbeiterdemokratie auch die politischen Voraussetzungen geschaffen sind, dann kann die Planwirtschaft all ihre Vorzüge erst voll entfalten, indem sie im Interesse der Masse der Bevölkerung - unter ökonomischen und ökologischen Gesichtspunkten - sinnvoll gelenkt und demokratisch kontrolliert wird. Erst dann kann von einer sozialistischen Demokratie die Rede sein, wie es sich viele in Ost und West erhoffen, die an den Gorbatschow-Kurs große Erwartungen - und leider auch Illusionen knüpfen.

Ein solcher „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ kann nicht von oben „eingeführt“ werden, sondern nur von der sowjetischen Arbeiterklasse erkämpft werden.

Angela Bankert, Köln
Jungsozialistin